



INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau

Herr
Max Mustermann
Musterstrasse 8
0000 Musterstadt

Erfolgreiche Wahlen für die EVP in den Aargauer Gemeinden

Barbara Müller-Hefti, Geschäftsführerin

An den Kommunalwahlen vom 28. November 2021 konnte die EVP ihre Sitze grösstenteils verteidigen.

Bei einer rekordhohen Stimmbeteiligung von 50.7% konnten Daniel Brassel, Kathrin Büchli und Stefan Fehlmann ihre Sitze im *Einwohnerrat Windisch* bestätigen.



Einwohnerrat Windisch (Stefan Fehlmann (links) und Daniel Brassel; es fehlt Kathrin Büchli)

In *Aarau* wurden Christoph Waldmeier und Cornelia Forrer für weitere vier Jahre in den *Einwohnerrat* gewählt.

Ihre Arbeit im *Einwohnerrat Wohlen* weiterführen darf Beate Zimmermann.

Die EVP behält im *Einwohnerrat Buchs* ihre fünf Sitze. Gewählt sind die vier bisherigen Martin Gysi, Ueli Frey, Andreas Burgherr und Patrik Feusi. Neu gewählt ist Andrea Blunier.



Einwohnerrat Buchs (v.l. Patrik Feusi, Andreas Burgherr, Martin Gysi, Ueli Frey und Andrea Blunier)

Einen Sitzverlust (Lukas Blatter) muss die EVP im *Einwohnerrat von Lenzburg* hinnehmen. Bestätigt wurde Daniel Frey.

Auch in *Brugg* konnten die drei EVP-Sitze im *Einwohnerrat* verteidigt werden. Nebst den Bisherigen Joya Süess und Barbara Müller-Hefti wurde Esther Graf gewählt, die den Sitz von Doris Erhardt übernimmt. Esther Graf ist Pfarrerin und die einzige Gewählte aus dem neuen Ortsteil Schinznach-Bad.



Einwohnerrat Brugg (v.l. Barbara Müller-Hefti, Joya Süess, Esther Graf)

In der *Finanzkommission der Ortsbürgergemeinde Frick* darf Claudia Fracas-Giordano eine weitere Amtsperiode mitarbeiten. Ihrer Arbeit in der *Finanzkommission* weiter nachgehen dürfen auch Silvia Guhl Lawson, *Oeschgen*, und Jürg Kuhn, *Gontenschwil*. Urs Plüss wurde erneut in die *Steuerkommission von Zofingen* gewählt.

Bereits im September 2021 wählte die Thalner Bevölkerung Dr. Roland Frauchiger erneut zum *Gemeindeamman*.

Die EVP Aargau gratuliert den Gewählten zur Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg und Freude bei ihren Tätigkeiten.

Post CH AG
EVP-Info des Kanton Aargau
Retouren an:
EVP Aargau
5000 Aarau

AZB
CH-5000 Aarau



PAROLEN (NATIONAL)

- **Ja** zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»
- **Ja** zur Medienförderung
- **Nein** zum Bundesgesetz über die Stempelabgaben
- **Nein** zur Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot»



Lutz Fischer-Lamprecht, Grossrat

Im 4. Quartal fanden nur drei Ganztagesitzungen und eine Halbtages-sitzung statt. Die Behandlung des Aufga-ben- und Finanzplans (AFP) war auch in diesem Jahr wieder effizient.

Revision Steuergesetz

Ein weiteres gewichtiges Traktandum war die Revision des Steuergesetzes. Die Fronten im Rat waren bereits nach der ersten Lesung im Sommer abge-steckt. Wir hatten uns klar gegen die Revision positioniert wie auch die SP und die Grünen. Die Diskussion war dann intensiv. Urs Plüss brachte unsere Kritik an der Vorlage folgendermassen auf den Punkt: «Wir sind durchaus eine Fraktion, die es sich gewohnt ist, an etwas zu glauben, aber hier fehlt uns der Glaube oftmals.» Insbesondere der Glaube an die dynamischen Effekte, die der Regierungsrat in der Vorlage vorrechnet, fehlt uns. Die erwarteten Zuzüge halten wir für illusorisch und es gibt Studien, die zeigen, dass Steuer-senkungen nicht in Investitionen, son-der in höhere Dividenden fliessen. Bei der Abstimmung im Rat stimmten alle Fraktionen geschlossen wie sel-ten: EVP, SP und Grüne lehnten mit 39 Stimmen ab, alle anderen stimmten zu. Damit verzichtet der Kanton Aargau über die nächsten acht Jahre auf über

450 Millionen Franken Steuerertrag und erst im neunten Jahr erwartet die Regierung dann eine erste «Rendite», zunächst von 20 Millionen Franken, die dann stetig steigen soll. Ob der Steuerausfall je zu kompensieren ist? Fast genauso einheitlich wie über die Steuerrevision stimmte der Grosse Rat ab, als es um die Ergreifung des Behör-denreferendums ging. Unsere sechs Stimmen gaben mit den Ausschlag, dass das notwendige Quorum von 35 Stimmen erreicht werden konnte. 40 Grossrätinnen und Grossräte stimmten dafür, dass das Volk das letzte Wort hat. Am 25. Mai ist es so weit, und ein Gewinner steht schon fest: die direkte Demokratie!

Neues Gerichtsgebäude in Aarau

Abweichend von der Immobilienstra-tegie des Kantons, der den Kauf von Immobilien dem Mieten vorzieht, wird für das Bezirksgericht Aargau, das Spezialverwaltungsgericht, die Ober-gerichtsbibliothek und das Konkurs-amt das Eniwa-Verwaltungsgebäude in Aarau angemietet. Die Mietlösung wurde nötig, da die Eniwa das Gebäude nicht verkaufen wollte, es vom Stand-ort her aber ideal ist und den nötigen Platz bietet.

Mittelschulstandort im Fricktal

Die Frage, ob die zukünftige Mittel-schule Fricktal in Rheinfelden, Frick oder Stein gebaut werden soll, wurde schnell zu einem Zweikampf zwischen Stein und Rheinfelden, den Stein für sich entschied. Ausschlaggebend waren letztendlich regionalpolitische Überlegungen, da die zentralere Lage auch für abgelegene Täler eine schnellere Erreichbarkeit gewährleis-tet. Für Rheinfelden hätte gesprochen, dass die meisten Schülerinnen und Schüler von dort kommen. In der Frak-tion hatten wir die Argumente un-terschiedlich gewichtet und damit auch nicht einheitlich abgestimmt.

• **Die EVP-Fraktion hat eingereicht**

- Interpellation betreffend Be-kämpfung und Aufklärung Menschenhandel bei Prostitu-tion
- Interpellation betreffend ge-sellschaftliche Sensibilisierung über psychische Belastungen bei Prostitution
- Interpellation betreffend Sonn-tagsverkäufe in Tankstellen-shops und an Bahnhöfen

• **Therese Dietiker und Lutz Fischer-Lamprecht haben mitunterzeichnet**

- Postulat betreffend Oberauf-sicht, Qualitätskontrolle und Mindestgrösse der Sozial-dienste.

• **Therese Dietiker hat mitunterzeichnet**

- Motion betreffend Einführung des Begriffs Gemein-de-präsidium in der Kantons-verfassung

• **Lutz Fischer-Lamprecht hat mitunterzeichnet**

- Motion betreffend Unterbinden von unsinnigen Laubbläser-einsätzen

• **Urs Plüss hat mitunterzeichnet**

- Postulat betreffend neue Tech-nologien zur Verkehrsoptimie-rung bei Lichtsignalanlagen

• **Uriel Seibert hat eingereicht**

- Interpellation betreffend Koordinationsabzug Kantons-angestellte

Bekannt für Cordon bleu und eine grosse Auswahl an einheimischem Wein

Gasthaus Thalner Bär

Das Gasthaus für Leib und mit Seele

www.thalner-baer.ch

Hauptstrasse 88 • 5112 Thalheim • 056 44 33 888

BB Wertmetall®
Gut zu haben.

Retten Sie Ihr Geld. Investieren Sie in Silber.

www.bb-wertmetall.ch
062 892 48 48

Kinder ohne Tabak: gezielter Schutz dank Werbeeinschränkungen

Am 13. Februar kommt die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» an die Urne. Mirjam Weber, Leiterin Beratung, Angebote & Bildung und Mitglied der Geschäftsleitung bei der Krebsliga Schweiz, erklärt, wieso es ein Ja dringend braucht.



Mirjam Weber Leiterin Vorsorge, Betreuung und Nachsorge | Mitglied der Geschäftsleitung

Warum engagiert sich die Krebsliga in diesem Abstimmungskampf?

Mirjam Weber: Der gesundheitliche Preis beim Rauchen ist hoch. Zu hoch. Hier in der Krebsliga sehen wir Tag für Tag, mit welchen Folgen ehemalige Raucherinnen und Raucher konfrontiert sind. Darunter sind Schicksale, die man niemandem wünscht. Und es ist umso tragischer, weil sich ein Teil dieser Krebsfälle verhindern liesse. Um nur einige Zahlen zu nennen: Rund 80 Prozent der Lungenkrebsfälle gehen auf Tabakkonsum zurück. Doch nicht nur Krebs ist ein Problem; in der Schweiz werden jährlich ungefähr 9500 Sterbefälle dem Rauchen zugeschrieben. Das sind die traurigen Fakten. Diese Abstimmung eröffnet jetzt die Chance, die Weichen richtig zu stellen.

Was genau sieht die Initiative vor?

Ziel der Initiative ist es, dass Kinder und Jugendliche gar nicht erst mit Rauchen beginnen. Deshalb muss Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, eingedämmt werden. Werbung wirkt; gerade in der Phase der Identitätsbildung sind Minderjährige dafür sehr empfänglich.

Wieso soll just die Tabakwerbung stärker reguliert werden?

Beim Tabak sind die gesundheitsschädigenden Auswirkungen besonders fatal. Hinzu kommt: Jugendliche können die Langzeitfolgen beim Rauchen selber noch nicht abschätzen. Und sie sind besonders empfänglich für die Bilder und Versprechungen, mit denen die Tabakwerbung sie umgarnt. In der Adoleszenz ist die Suche nach Rollenmodellen und Lebensentwürfen normal und wichtig –

aber es macht für solche Inhalte vulnerabel. Mit klaren Regelungen bei der Werbung für Tabakprodukte schieben wir dieser Entwicklung einen Riegel.

Wie sicher ist die Annahme, dass Werbeeinschränkungen bei Jugendlichen effektiv zu weniger Tabakkonsum führen?

Studien zeigen, dass zwischen der Häufigkeit, mit der Kinder und Jugendliche der Werbung und Promotion für Tabakprodukte ausgesetzt sind, und der Häufigkeit, mit der sie mit Tabakprodukten experimentieren, ein klarer Zusammenhang besteht. Wer bis zum 21. Lebensjahr nicht zur Zigarette greift, wird dies mit grosser Wahrscheinlichkeit das ganze Leben nicht tun. Die Mehrheit der Raucherinnen und Raucher beginnt aber vor dem 18. Lebensjahr mit dem Tabakkonsum. Wird das Rauchen zur Sucht, ist es schwierig, dieser später wieder zu entrinnen. Diesem Risiko sollten wir Minderjährige nicht aussetzen.

Für die Tabakindustrie stehen grosse wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel.

In der Tat. Sie stehen aber in keinem Verhältnis zu den Kosten, die die Gesellschaft wegen Tabakkonsum zu tragen hat. Diese belaufen sich auf fast fünf Milliarden Franken, einerseits durch direkte Gesundheitskosten und andererseits wegen Produktionsausfällen aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und vorzeitigen Todesfällen. Das ist ein X-faches der Summe, die der Werbewirtschaft und den Veranstaltern durch konsequentere Werberichtlinien entgehen würden!

Wieso ist die derzeitige gesetzliche Regelung bezüglich Jugendschutz ungenügend?

Bei der Umsetzung wirksamer Massnahmen zur Tabakprävention ist die Schweiz im europa- und weltweiten Vergleich ein trauriges Schlusslicht. Bundesrat und Parlament haben sich unverständlicherweise gegen einen wirkungsvollen Jugendschutz im neuen Tabakproduktegesetz ausgesprochen. Es lässt genau diejenige Werbung zu, die Kinder und Jugendliche erreicht und sie so in den Tabakkonsum führt. Deshalb kann nun das Stimmvolk den Schutz von Kindern Jugendlichen auf Verfassungsebene verankern. Dies sind wir der heranwachsenden Generation schuldig.

MITTEILUNGEN

Neuer Präsident in der EVP Rothrist

Anlässlich der 100. Generalversammlung der EVP Rothrist vom 4. November 2021 wurde **Urs Zemp**, EVP-Mitglied seit 1991 (!), als neuer Präsident gewählt. Wir wünschen ihm viel Freude und Weisheit beim Ausüben dieses Amtes. Beim abgetretenen Präsidenten Peter Hänni bedanken wir uns für seine geleistete Arbeit für die EVP Rothrist.



Urs Zemp (rechts) und Peter Hänni

Herzlichen Dank für 12 Jahre in der Finanzkommission

Esther Graber, Auenstein, **Christian Buser**, Mellingen und **Rafael Reinert**, Rothrist, haben in den vergangenen 12 Jahren für die EVP in den Finanzkommissionen ihrer Wohngemeinden mitgewirkt. Für die Legislatur 2022 bis 2025 haben sie sich nicht mehr zur Verfügung gestellt. Die EVP Aargau bedankt sich herzlich für den langjährigen Einsatz.

EVP-Gönner auf Chausfahrt

Peter Rytz, Vizepräsident

Einen Tag vor dem Saisonhöhepunkt des Samichlauses besammelten sich die Gönner der EVP Aargau in Beinwil beim Steg der Schifffahrtsgesellschaft und bestiegen nach der Prüfung ihres Covid-Zertifikates das Hallwilerseeschiff «Delphin». Wie wichtig die Gönner mit ihren Beiträgen für die EVP sind, ist offenbar auch dem Samichlaus zu Ohren gekommen. Nachdem er sich die Versli der vielen Kinder angehört hatte, besuchte er auch die Tische der EVPLer und lobte deren Engagement. Mitgebracht hatte er Nüssli, Schöggeli und Mandarinli. Die Rute blieb natürlich im Sack und für die Zukunft wünschte er der Gönnervereinigung viele neue Mitglieder.





AGENDA

13. Februar 2022

Eidgenössische Volksabstimmung

03. März 2022, 19.45 – 21.00 Uhr

Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

24. März 2022, 19.00 Uhr

Generalversammlung
(Ref. Kirchensaal, Frick)

26. März 2022, 10.00 Uhr

Delegiertenversammlung EVP
Schweiz (Zürich)

04. April 2022, 18.15 – 20.15 Uhr

kOOL-Schulung Teil 1 (online)
Info und Anmeldung unter
www.evp-ag.ch/aktuell/agenda

IMPRESSUM

Redaktion

Evangelische Volkspartei des Kantons
Aargau
5000 Aarau

Herausgeber

Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement mindestens 15 Franken
pro Jahr

Erscheinungsweise

viermal jährlich

Internet

www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat

sekretariat@evp-ag.ch

Inserate, Adressverwaltung

Evangelische Volkspartei des Kantons
Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99

Realisation und Druck

www.gndruck.ch

Auflage

7950 Exemplare

PAROLEN NATIONALE ABSTIMMUNGEN

Zweimal JA, zweimal NEIN

Die 3. ausserordentliche Delegiertenversammlung der EVP fand am 27. November in Wettingen statt. Die Delegierten fassten die JA-Parole zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung», sagten JA zur Medienförderung und NEIN zur Abschaffung der Stempelabgabe. Zur Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen hatte der Parteivorstand bereits zuvor die NEIN-Parole gefasst.

Die Volksinitiative Kinder ohne Tabak fordert ein Verbot für jegliche Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, um sie vor dem Einstieg ins Rauchen zu schützen. Parteipräsidentin Lilian Studer umschrieb das neue Tabakproduktegesetz (Gegenvorschlag) als «zahnlos». Einstimmig fassten die Delegierten die **JA-Parole**.

Die **JA-Parole** zum Massnahmenpaket für die Medien wurde deutlich gefasst. Nationalrat Nik Gugger umschrieb die Bedeutung von Tageszeitungen und Wochenblättern. Die wegbrechenden Einnahmen würden die Medienvielfalt und damit den Qualitätsjournalismus gefährden.

Die Delegierten sagten deutlich **NEIN** zu einer weiteren Abschaffung von Stempelsteuern. Der Finanzsektor sei bereits von der Mehrwertsteuer befreit. Nach vielen Steuerermässigungen zugunsten der Unternehmen wäre es eher an der Zeit, die Heiratsstrafe zu beseitigen.

Der Parteivorstand hatte bereits die **NEIN-Parole** zur Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen gefasst: Tierversuche seien in den letzten Jahren stark reduziert worden, der Forschung seien weiterhin Güterabwägungen zuzugestehen. Die radikale Initiative führe zu Versorgungsproblemen.

BERICHT AUS DEM NATIONALRAT



Lilian Studer, Nationalrätin

Wichtige Vorlagen in der Wintersession

Nach über achtstündiger erster Debatte, zweimaliger Differenzbereinigung und einer Einigungskonferenz wurde das Bundesbudget fürs nächste Jahr verabschiedet. Leider hat der Ständerat auf seiner Forderung zur Kürzung der Personalausgaben bestanden und der Nationalrat hat sich dem gefügt. Für uns als EVP-Vertretende ist es nicht verständlich, wenn wir z.B. mehr Stellen in der Cyberbekämpfung fordern, das Budget aber kürzen, ohne zu sagen, welche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden sollen.

Die Debatte um die Stabilisierung der AHV wurde in der Schlussabstimmung

auch mit den Stimmen der EVP-Vertretenden genehmigt. Zuvor hatte es noch Differenzen zum Ständerat gegeben. Neun Jahrgänge, die von der Erhöhung des Rentenalters betroffen sind, sollen nun einen Rentenzuschlag erhalten. Dabei wird ein Zwei-Komponenten-Modell eingeführt: Es besteht einerseits die Möglichkeit des Vorbezugs, allerdings werden hier die Zuschläge gekürzt. Die zweite Möglichkeit sieht den regulären Bezug der Rente mit einem gestaffelten Rentenzuschlag vor. Es ist ein Referendum zu erwarten.

Der Nationalrat hat zudem die BVG-Revision an die Hand genommen. Um die Generationengerechtigkeit zu wahren, wurde der Umwandlungssatz von 6,8% auf 6% gesenkt. Der Nationalrat entschied aufgrund dessen, einen Rentenzuschlag für 15 Jahrgänge der Übergangsgeneration auszusuchen. Die Eintrittsschwelle wurde auf Alter 20 gesenkt und von CHF 21'510 auf CHF 12'548. Dies, um Arbeitnehmende in Teilzeit oder mit tiefen Löhnen besser zu stützen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Im Dezember hatte ich zwei Fernhefenauftritte, in der Arena und in der Tagesschau.